

23.09.2014
157a

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ



Es gilt das gesprochene Wort!

Statement
von Erzbischof Dr. Ludwig Schick (Bamberg),
Vorsitzender der Kommission Weltkirche
der Deutschen Bischofskonferenz,
im Pressegespräch „Die Situation der Christen im Irak“
am 23. September 2014 in Fulda
zur Herbst-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz

Das Thema, das uns heute zusammengeführt hat, ist von denkbar großer Dramatik. Wir sprechen über die Lage der Christen im Irak. Nach der von den Vereinigten Staaten angeführten Invasion des Landes im Jahre 2003 hat das Christentum dort einen zahlenmäßig enormen Aderlass hinnehmen müssen. Der zwischenzeitliche Kollaps der staatlichen Ordnung, das Aufblühen des islamistischen Terrorismus und die blutigen Auseinandersetzungen zwischen Sunniten und Schiiten ab 2006 haben dazu geführt, dass von vormals mehr als einer Million Christen noch etwa 300.000 im Land geblieben sind. Viele sind nach Europa und in die USA ausgewandert, andere hat ihr Weg in sichere arabische Nachbarländer geführt. Diese Geschichte des Niedergangs des irakischen Christentums, das in dieser Region seit fast zwei Jahrtausenden beheimatet ist, droht sich nun in diesen Monaten fortzusetzen. Am Horizont steht die düstere Möglichkeit von Vertreibung und Flucht aller Christen aus dem mesopotamischen Raum.

Sie alle wissen: Die Terrormiliz ISIS, die sich neuerdings „Islamischer Staat“ nennt, hat rund ein Drittel des Staatsgebiets von Syrien und des Irak unter ihre Kontrolle gebracht und dort ein „Kalifat“ ausgerufen, das seinem Anspruch nach auch Jordanien, den Libanon, Israel und Palästina umfasst. Bei dem Feldzug der vergangenen Monate hat ISIS eine archaisch anmutende Gewalt an den Tag gelegt, die sich jedoch mehr und mehr als Teil einer kühl durchkalkulierten Strategie entpuppt. Westliche Journalisten und Entwicklungshelfer werden enthauptet. Die Minderheiten der Christen und Jesiden sehen sich vor die Alternative gestellt, zum Islam zu konvertieren, Schutzgeld zu bezahlen oder den Tod hinzunehmen. Massaker an allen missliebigen Gruppen, auch den Schiiten, sind an der Tagesordnung. Das mit

Kaiserstraße 161
53113 Bonn

Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Ruf: 0228-103 -0
Direkt: 0228-103 -214
Fax: 0228-103 -254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: www.dbk.de

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischofskonferenz

solchen Maßnahmen verfolgte Ziel eines religiös homogenen sunnitisch-fundamentalistischen Staates erzeugt eine hohe Anziehungskraft auf religiöse Extremisten in den arabischen und auch in den westlichen Ländern. Der internationale Zulauf zu den Dschihadisten ist beachtlich. Man darf hier durchaus von einer Attraktivität des Bösen sprechen.

In der westlichen Welt, aber auch in den arabischen Staaten hat man – aller geheimdienstlichen Expertise zum Trotz – den heraufziehenden Sturm nicht erkannt. Inzwischen aber ist vielerorts eine Entschlossenheit herangewachsen, dem Vormarsch von ISIS entgegenzutreten. Auch Deutschland beteiligt sich durch die Bereitstellung von Waffen und Material an die kurdischen Sicherheitskräfte an der Abwehr der terroristischen Milizen.

Für die Kirche ändert dies nichts an der grundlegenden Überzeugung, dass der Frieden im Allgemeinen und auch der Frieden im Mittleren Osten nicht das Ergebnis eines Waffengangs sein kann. Nur wenn es im Irak und in Syrien gelingt, erträgliche Lebensverhältnisse für alle Menschen zu schaffen, wenn die Systeme der allgemeinen Unterdrückung und der Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen überwunden werden, können Fanatismus und die wachsende Neigung zur Gewalt besiegt und friedliche Gemeinwesen aufgebaut werden. Diese Einsicht entbindet jedoch nicht von der Pflicht zum Widerstand gegen die entfesselte Gewalt, die ganze Staaten zu vernichten droht und menschliches Leiden unbeschreiblichen Ausmaßes hervorbringt. In den Beratungen der Vollversammlung ist deshalb auch heute wieder deutlich zum Ausdruck gebracht worden, dass die deutschen Bischöfe die Bekämpfung der ISIS-Milizen für zwingend geboten halten. Der begrenzte Einsatz von Gewalt erscheint uns in diesem Falle vertretbar und auch geboten, solange eine andere plausible Strategie nicht erkennbar ist. Der Angreifer muss aufgehalten werden, wie auch Papst Franziskus zum Ausdruck gebracht hat. Auch die irakischen Bischöfe ermahnen die Staaten an ihre Pflicht, den Untaten ein Ende zu setzen. Die militärischen und die nicht-militärischen Maßnahmen der Staatengemeinschaft müssen sich dabei in den kommenden Monaten vor allem an den Belangen der Flüchtlinge orientieren, die den bevorstehenden unwirtlichen Winter zu überstehen haben. Besondere Unterstützung verdienen die Kurden, die nicht nur den Kampf mit den ISIS-Milizen aufgenommen, sondern gegenüber den vertriebenen religiösen Minderheiten auch große Gastfreundschaft an den Tag gelegt haben.

Die humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge ist ein Gebot der Stunde, dem sich besonders auch die Kirche verpflichtet weiß. Der Präsident des Deutschen Caritasverbandes, Prälat Dr. Peter Neher, hat der Vollversammlung heute einen Bericht über die Hilfsmaßnahmen gegeben, die Caritas international und auch die anderen kirchlichen Werke schon seit Jahren im Mittleren Osten leisten – in Syrien und im Irak, aber auch in Jordanien und im Libanon, wohin viele Menschen aus den Krisenstaaten geflohen sind. Ich selbst konnte mich im April dieses Jahres bei einem Besuch in den Flüchtlingscamps im Libanon von der Arbeit der deutschen Caritas und ihrer Partner vor Ort überzeugen. Hier wird Menschen in ihrer elenden Lebenssituation Hoffnung gegeben und für das Überlebenswichtige gesorgt. Viele Spenden haben dies ermöglicht und in großem Maße auch die finanzielle Unterstützung durch die

Bundesregierung. All das dürfen wir mit Dankbarkeit feststellen. Und zugleich wissen wir, dass in der augenblicklichen Lage noch sehr viel mehr erforderlich ist. Die deutschen Bischöfe bitten deshalb die Bundesregierung, in ihrer Unterstützung der Flüchtlinge nicht nachzulassen. Aber wir wollen auch den kirchlichen Beitrag substanziell vergrößern. Die Vollversammlung hat deshalb heute Morgen beschlossen, eine Sonderkollekte in allen deutschen Bistümern am 11./12. Oktober 2014 durchzuführen. Dieses Instrument hat sich in der Vergangenheit – etwa beim südostasiatischen Tsunami 2004 und bei der Erdbebenkatastrophe in Haiti 2010 – gut bewährt. Wir wissen um die große Hilfsbereitschaft unserer Gemeinden und hoffen deshalb auf die Großzügigkeit der Gläubigen auch bei der Sonderkollekte für die Flüchtlinge im Mittleren Osten.